

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
10,5% Migrationshintergrund an Schulen	1
Knapp 166.000 Ausländer*innen leben in Thüringen	1
Betroffenenberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresbericht 2022	2
Neue Fachkräftestudie des Thüringer Sozialministeriums	2
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Bericht: Mehr Beratungsanfragen wegen Diskriminierung	2
Knapp 2.400 Asylanträge russischer Staatsbürger in diesem Jahr	3
Amtliche Statistik: Fast jeder Vierte in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte	3
Studie: Gesundheit von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland	4
Studie: Ohne Einwanderung deutlich weniger Arbeitskräfte bis zum Jahr 2060	4
Studie: Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor	4
Fachkräfte-Studie	5
Studie: Mehr Menschen sehen Handlungsbedarf gegen Diskriminierung	5
Statistik: Einbürgerungen 2022	6
Studie: Wohnsitzauflage verringert Berufschancen für Geflüchtete	6
Flüchtlingszahlen: Mehr Asylanträge, weniger Widersprüfungen	7
Studie: Mehr als die Hälfte der 2015 Geflüchteten erwerbstätig	7
Ukraine Flüchtlinge	7
GLOBALE NACHRICHTEN	7
EU-Agentur: 1 Mio. Asylanträge in 2022	7
Flüchtlingszahlen auf Rekordhoch	8
Europäer*innen tendieren zu restriktiver Migrationspolitik	8
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	9
Impressum	9

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

10,5% Migrationshintergrund an Schulen

Etwa 32.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sind im vergangenen Jahr nach Thüringen gekommen. Dadurch ist an den Schulen im Land der Anteil der Schüler mit ausländischen Wurzeln gestiegen. Insgesamt liegt er aber immer noch auf einem eher niedrigen Niveau.

Erfurt - In Thüringen haben 10,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Das geht aus einer Antwort des Thüringer Bildungsministeriums auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Denny Jankowski hervor. Der Anteil bezieht sich auf das endende Schuljahr 2022/2023 und ist in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Im Schuljahr 2021/22 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund im Freistaat bei 8,3 Prozent.

Migrationshintergrund definiert das Bildungsministerium nach den Regeln der

Kultusministerkonferenz - wenn also eine Schülerin oder ein Schüler im Ausland geboren wurde, keine deutsche Staatsbürgerschaft hat oder die Familiensprache nicht Deutsch ist.

Aus der Antwort des Ministeriums wird sichtbar, dass der russische Überfall auf die Ukraine der zentrale Grund dafür ist, dass heute mehr Kinder mit Migrationshintergrund an den Thüringer Schulen lernen als zuvor. So lag der Anteil der in der Ukraine geborenen Schüler den Angaben nach zwischen den Schuljahren 2015/16 und 2021/22 bei etwa 0,1 Prozent. Im ablaufenden Schuljahr war ihr Anteil sprunghaft auf etwa 1,7 Prozent gestiegen. Nur in Syrien geborene Schüler machten zuletzt einen ähnlich großen Anteil unter den jungen Migranten aus.

Quelle: Thüringer Allgemeine 20.07.2023

Knapp 166.000 Ausländer*innen leben in Thüringen

Die Zahl der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist in Thüringen sprunghaft angestiegen. Hauptgrund ist die Fluchtbewegung von Ukrainern. Inzwischen sind sie die größte Gruppe der in Thüringen lebenden Ausländer.

Die Zahl der in Thüringen lebenden Menschen mit ausländischer Staatszugehörigkeit ist im vergangenen Jahr nach einer vorläufigen Statistik deutlich gestiegen. Ende 2022 lebten, laut Thüringer Landesamt für Statistik, 165.840 Ausländer im Freistaat. Das waren 39.570 mehr als Ende 2021. „Hauptgrund des deutlichen Anstiegs war die Zuwanderung ukrainischer Staatsangehöriger aufgrund des russischen Angriffskrieges“, so die Statistiker.

Ukrainerinnen und Ukrainer bildeten Ende vergangenen Jahres mit 30.150 Menschen die größte Gruppe der in Thüringen lebenden Ausländer, gefolgt von Syrern, Polen und Rumänen.

Das Landesamt stützt sich auf eine vorläufige Auswertung von Rohdaten des Ausländerzentralregisters. Demnach suchten im vergangenen Jahr rund 66.165 Flüchtlinge Schutz in Thüringen. Im Vergleich zum Vorjahr stelle dies einen Anstieg um 88 Prozent dar, teilte das Landesamt für Statistik mit. Mit 27.315 in Thüringen untergebrachten Menschen stellten Ukrainerinnen und Ukrainer die größte Gruppe unter den Schutzsuchenden dar.

Quelle: MiGLETTER 04.04.2023

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Betroffenenberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik 2022

Höchststand bei rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen – Kinder und Jugendliche über 100 Mal betroffen

Die fachspezifische Betroffenenberatungsstelle ezra veröffentlichte ihre Jahresstatistik des unabhängigen Monitorings zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen für das Jahr 2022. Es wurden insgesamt 180 Fälle registriert, von denen mindestens 374 Menschen direkt betroffen oder mit-angegriffen waren. Durchschnittlich waren dies drei Angriffe pro Woche mit mindestens sieben Betroffenen.

Dazu erklärt Franz Zobel, Projektkoordinator bei ezra: „Wir haben es in Thüringen mit einer neuen Welle rechter und rassistischer Gewalt zu tun, die sich bereits 2021 abzeichnete. Das ist die höchste Zahl an Angriffen, die je durch ein unabhängiges Monitoring im Freistaat registriert wurde.“ Alarmierend ist für Zobel vor allem der erneute Anstieg bei Kindern und Jugendlichen, die von diesen Gewalttaten betroffen waren. Im Vergleich zu 2021 hat sich die Zahl nahezu verdoppelt. Insgesamt waren im vergangenen Jahr mindestens 103 Mal Kinder und Jugendliche betroffen.

Einen wesentlichen Grund für den Anstieg bei rechtsmotivierten Gewalttaten in 2022 um rund 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahr sieht der ezra-Projektkoordinator in der Mobilisierung der extremen Rechten: „Wie 2015 sind extrem rechte Mobilisierungen für eine Eskalation von rechter Gewalt verantwortlich. Diese waren fast jeden Montag Ausgangspunkt für rechte Hetze, Beschimpfungen, Bedrohungen und Gewalt. Besorgniserregend ist die starke Zunahme bei Angriffen auf Journalist:innen, die die Pressefreiheit in Thüringen weiter eingeschränkt haben.“ Fast ein Viertel aller Angriffe wurde bei Demonstrationen registriert, hinter denen extrem rechte Einzelpersonen und Netzwerke aus sogenannten „Querdenkern“, AfD, Neonazis und Reichsbürgern standen. Diese Angriffe richteten sich zum größten Teil gegen Journalist:innen. Außerdem standen vermeintlich politische Gegner:innen im Fokus der zum großen Teil rechten Demonstrant:innen. Angriffe auf Journalist:innen haben sich mehr als verdreifacht (27 Fälle). Rechte Gewalt gegen vermeintlich politische Gegner:innen hat sich verdoppelt (38 Fälle).

Wie die Jahre zuvor bleibt Rassismus mit 88 Fällen das häufigste Tatmotiv. Vor allem zum Ende des Jahres nahm rassistische Gewalt zu. In diesem Zeitraum wurde in einigen Monaten nahezu jeden zweiten Tag ein rassistischer Angriff in Thüringen registriert. Dazu macht Franziska Schestak-Haase, langjährige Beraterin bei ezra, deutlich: „In unserer statistischen Auswertung ist ein Zusammenhang mit der rassistischen Stimmungsmache durch AfD, aber auch Politiker:innen demokratischer Parteien offensichtlich. Die Situation für migrantisierte Menschen hat sich weiter verschärft. Dabei liegt *unter der Gewalterfahrung* die alltägliche Konfrontation mit Rassismus. In der Beratung haben uns Eltern erzählt, dass ihre Kinder nach der Ankunft in Thüringen als erste deutsche Worte ‚Ausländer raus‘ durch andere Kinder in der Schule gelernt haben.“

Mit Blick auf 2023 warnt Zobel davor, dass die Lage jederzeit weiter eskalieren kann: „Letztendlich wird das von dem Erfolg extrem rechter Mobilisierung abhängen.“

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Rassistische Stimmungsmache wird diese weiter verstärken. Hinzu kommt eine zunehmende Hetze gegen LGBTQ* und eine demokratische, antifaschistische Zivilgesellschaft.“ Vom Thüringer Innenminister erwartet Zobel, dass dieser endlich einen Vorschlag für eine gemeinsame Strategie eines glaubhaften Paradigmenwechsels in Ostdeutschland in der Strafverfolgung rechter Gewalttaten und im Umgang mit rechten Aufmärschen präsentiert. Diese wurde Ende letzten Jahres nach der Tagung der ostdeutschen Innenminister:innen in Erfurt versprochen. Dazu hatte der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) acht notwendige Maßnahmen vorgeschlagen. Fast ein halbes Jahr danach gibt es keine weiteren Verlautbarungen.

<https://ezra.de/wp-content/uploads/2023/04/Pressemappe-Jahresstatisti-2022.pdf>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen 05.04.2023

Neue Fachkräftestudie des Thüringer Sozialministeriums

Die aktuelle Studie beleuchtet die dramatischen Entwicklungen am Thüringer Arbeitsmarkt, hervorgerufen durch den demografischen Wandel im Freistaat. So gehen bis zum Jahr 2035 ca. 40% der Erwerbstätigen in Rente. Da der Anteil der Erwerbspersonen in der Bevölkerung bereits auf Rekordhoch ist, sieht die Studie die Zuwanderung als einzige Möglichkeit, den Bedarf an Arbeitskräften in Zukunft zu decken.

Zur Studie: https://gws-os.com/fileadmin/downloads/Fachkraeftestudie_2035_verkleinert.pdf

Quelle: Newsletter Thüringer Zentrum für Interkulturelle Öffnung 14.06.2023

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Bericht: Mehr Beratungsanfragen wegen Diskriminierung

Über 8.800 Anfragen gingen 2022 bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ein. Seit 2019 haben sich die Anfragen verdoppelt, was die ADS unter anderem auf ein höheres Bewusstsein für Diskriminierung zurückführt. Rund 6.600 Anfragen bezogen sich auf Diskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, am häufigsten wegen rassistischer Diskriminierung (43 Prozent). Immer mehr Anfragen erreichen die Stelle wegen Diskriminierung durch Ämter oder Behörden – die fallen aber nicht unter das AGG. Mehr in unserer Rubrik:

<https://mediendienst-integration.de/desintegration/diskriminierung.html#c3100>

Quelle: Mediendienst Newsletter 30.06.2023

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Knapp 2.400 Asylanträge russischer Staatsbürger in diesem Jahr

Die Zahl der russischen Asylbewerber in Deutschland ist laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestiegen. Grund dürfte die Mobilmachung Russlands im Krieg gegen die Ukraine sein. Im Vergleich zu Vorjahreszahlen sind mehr Männer unter den Antragstellern.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben einem Medienbericht zufolge 2.381 russische Staatsbürger Asyl in Deutschland beantragt. Damit kam die Zahl bereits nach wenigen Monaten der des gesamten letzten Jahres nahe, als 2.851 Anträge verzeichnet wurden, wie das digitale Medienhaus Table.Media unter Berufung auf Zahlen des Bundesamts für Migration (Bamf) berichtete.

Einen deutlichen Anstieg gab es demnach in der Altersgruppe der 19- bis 30-jährigen Männer und Frauen aus Russland. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sei zudem der Anteil der Männer unter den Asylsuchenden größer gewesen als vergangenes Jahr: 2022 seien 59 Prozent der Antragsteller aus Russland männlich gewesen. Von Januar bis Ende März 2023 waren es dem Bericht zufolge 64 Prozent.

Zurückzuführen sei dieser Anstieg auf die Mobilmachung Russlands im Krieg gegen die Ukraine. Deserteure, „die sich an Putins Krieg nicht beteiligen wollen, können in Deutschland Asyl beantragen. Sie erhalten im Regelfall internationalen Schutz“, sagte eine Sprecherin des Bundesamts Table.Media. Wie viele Deserteure unter den Antragstellern sind, sei jedoch noch nicht ermittelt worden.

Quelle: MiGLETTER 19.04.2023

Amtliche Statistik: Fast jeder Vierte in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte

Dass Menschen in dem Ort und dem Land aufwachsen, in dem auch schon ihre Großeltern gelebt haben, kommt in Deutschland immer seltener vor. Eine Einwanderungsgeschichte gehört bei einer steigenden Zahl von Menschen zur Biografie. Nicht alle kamen freiwillig.

Die einen suchten Arbeit und ein besseres Leben, einige wollten einfach nur studieren und blieben, andere kamen, um Schutz vor Krieg oder Verfolgung zu finden: Nahezu ein Viertel der im vergangenen Jahr in Deutschland lebenden Menschen hat eine Einwanderungsgeschichte. Das seien 20,2 Millionen Menschen oder 24,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag zu den Daten aus dem Mikrozensus berichtete.

Als Menschen mit Einwanderungsgeschichte definierte die Behörde Menschen, die seit 1950 selbst nach Deutschland eingewandert sind, sowie deren direkte Nachkommen, die „zweite Generation“. Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl von Menschen mit Einwanderungsgeschichte war um 6,5 Prozent oder 1,2 Millionen Menschen gestiegen. Dabei spielte vor allem Fluchtmigration eine Rolle, insbesondere infolge des Krieges in der Ukraine.

71 Prozent ohne Einwanderungsgeschichte

So stieg die Zahl der selbst eingewanderten Menschen durch die vor allem aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan Geflüchteten um 7,3 Prozent und damit stärker als die Zahl der in Deutschland geborenen direkten Nachkommen eingewanderter Eltern, die um vier Prozent anstieg.

Dabei bleiben die Eingewanderten längst nicht mehr unter sich in ethnischen Gruppen: So haben 3,9 Millionen der in Deutschland geborenen Menschen – 4,6 Prozent der Gesamtbevölkerung einen Vater oder eine Mutter mit Einwanderungsgeschichte. Das entsprach einem Anstieg gegenüber 2021 um 3,5 Prozent. Diese 3,9 Millionen Menschen werden selbst nicht zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte gezählt. Keinerlei Einwanderungsgeschichte hatten 71,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland.

6,1 Millionen nach 2013 gekommen

Insgesamt 6,1 Millionen Menschen und damit knapp 40 Prozent aller in Deutschland lebenden selbst eingewanderten Menschen sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts seit dem Jahr 2013 nach Deutschland gekommen. Diese Gruppe weist einige Besonderheiten auf. So sind die ab 2013 Eingewanderten mit einem Durchschnittsalter von 29,9 Jahren deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte, deren Durchschnittsalter im vergangenen Jahr 47 Jahre betrug.

Die drei Hauptherkunftsländer der Einwandererinnen und Einwanderer seit 2013 sind Syrien mit einem Anteil von 16 Prozent, Rumänien mit einem Anteil von sieben Prozent und Polen mit einem Anteil von sechs Prozent. Die Ukraine folgt an vierter Stelle mit fünf Prozent. Allerdings seien die im vergangenen Jahr seit dem russischen Angriff Geflüchteten aus der Ukraine im Mikrozensus noch nicht vollständig erfasst, hieß es.

Häufigster Einwanderungsgrund: Flucht und Asyl

Der wichtigste Hauptgrund für die Einwanderung ab 2013 war Flucht, Asyl und internationaler Schutz mit einem Anteil von 27,9 Prozent. Dicht dahinter folgten mit einem Anteil von 24,2 Prozent Einwanderung wegen Erwerbstätigkeit sowie Familienzusammenführung mit einem Anteil von 23,9 Prozent. Etwas mehr als acht Prozent der seit 2013 Eingewanderten waren hauptsächlich für ein Studium oder eine Aus- und Weiterbildung nach Deutschland gekommen.

Noch größer ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung in Deutschland. Er betrug im vergangenen Jahr 28,7 Prozent oder 23,8 Millionen Menschen. Eine Person hat laut Definition des Statistischen Bundesamtes einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.

Deutsche mit Migrationshintergrund

Mehr als die Hälfte der 12,2 Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit seit der Geburt. Sie haben einen Migrationshintergrund, weil mindestens ein Elternteil ausländisch, eingebürgert, deutsch durch Adoption oder Spätaussiedler ist.

Insgesamt 23 Prozent sind selbst als Spätaussiedler nach Deutschland gekommen, 22 Prozent sind eingebürgert. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit machten 48,8 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund und knapp ein Sechstel der Bevölkerung aus.

Quelle: MiGLETTER 21.04.2023

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie: Gesundheit von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland

Welchen Einfluss haben Migrationserfahrungen auf den Gesundheitszustand von Menschen? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine Studie des Robert Koch-Instituts, für die Menschen mit italienischer, kroatischer, polnischer, syrischer und türkischer Staatsangehörigkeit befragt wurden. Zentrale Ergebnisse: Das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft in Deutschland und Diskriminierungserfahrungen spielen eine wichtige Rolle. Die Gesundheit hängt außerdem von den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen und dem sozioökonomischen Status ab. Auch die Gründe der Migration wirken sich aus – Menschen, die aus Kriegsgebieten geflüchtet sind, erfahren eher traumatisierende Erlebnisse vor und während des Migrationsprozesses als EU-Bürger*innen, die aus Arbeitsmotiven nach Deutschland ausgewandert sind.

Die Studie finden Sie hier: <https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/>

Quelle: Mediendienst Newsletter 06.04.2023

Studie: Ohne Einwanderung deutlich weniger Arbeitskräfte bis zum Jahr 2060

Reichen die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, um den Wohlstand in Deutschland langfristig zu wahren? Wissenschaftler haben schon lange Zweifel, eine neue Studie nährt diese. Ohne Einwanderung wird's nicht klappen. Drittländer werden dabei immer wichtiger.

Die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland wird voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen: Bis 2060 wird das Potenzial an Erwerbspersonen nach einer Projektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) um 11,7 Prozent zurückgehen. Dabei wurden Faktoren wie der demografische Wandel, Geburtenrate, Zuwanderung und Abwanderung berücksichtigt. „Die Ergebnisse zeigen, dass den Betrieben in den nächsten Jahrzehnten deutlich weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden“, sagte IAB-Ökonom Enzo Weber.

Das IAB hatte schon vor längerer Zeit einen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um sieben Millionen Menschen vorhergesagt, wenn es keine Gegenmaßnahmen gebe. Die am Freitag veröffentlichte Projektion bezieht die Gegenmaßnahmen sowie zahlreiche äußere Faktoren wie die wirtschaftliche und demografische Entwicklung im Ausland, aber auch die Geburtenrate mit ein. Das Ergebnis danach ist fast noch ernüchternder: Das Potenzial sinkt immer noch um mehrere Millionen.

Drittländer werden immer wichtiger

Positiv werden sich der Untersuchung zufolge in den nächsten Jahren etwa die Erwerbsquoten von Frauen und Älteren entwickeln. Bei deutschen Frauen unter 55 Jahren steigt die Quote von 87 auf 93 Prozent, bei Ausländerinnen von 67 auf 77 Prozent, die Geburtenrate steigt von 1,5 auf 1,7 Kinder pro Frau.

„Wenn wir die Schrumpfung vermeiden wollen, müssen wir bei den Gegenmaßnahmen also noch mindestens zwei Schippen drauflegen“, sagte Weber.

Ansatzpunkte sieht er in der Erwerbsbeteiligung, insbesondere ausländischer Frauen und Älterer, dem Abbau der Arbeitslosigkeit als auch weiterhin in der Migration. „Bei der Erwerbsmigration werden Drittländer gegenüber der EU immer wichtiger. Die Hürden müssen deshalb weiter abgebaut werden, gleichzeitig muss aber auch mehr dafür getan werden, dass Zugewanderte auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen und in Deutschland eine langfristige Perspektive finden“, betonte Weber weiter.

Weniger Einwanderung aus der EU, mehr aus Drittstaaten
Die Zuwanderung aus EU-Staaten wie Polen oder Rumänien wird der Studie zufolge bei bisherigen Anstrengungen deutlich abnehmen. Kamen im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre noch jeweils 900.000 Menschen aus EU-Staaten nach Deutschland, werden es im Jahr 2060 nur noch 600.000 sein. Im Gegenzug werde die Zuwanderung aus Drittstaaten von 240.000 auf 500.000 steigen. Gleichzeitig werde aber auch die Abwanderung von derzeit 750.000 Menschen auf eine Million steigen.

Der Projektion zufolge leben im Jahr 2060 nur noch 72,6 Millionen Menschen in Deutschland, rund zehn Millionen weniger als derzeit. Vor allem die Zuwanderung aus EU-Ländern dürfte stark zurückgehen, weil sich dort die Lebensbedingungen verbessern und die Demografie noch ungünstiger wirkt als in Deutschland.

Quelle: MiGLETTER 09.05.2023

Studie: Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor

Ob auf dem Bau, in der häuslichen Pflege oder in der Fleischindustrie: Im Niedriglohnsektor in Deutschland sind überdurchschnittlich viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. In der Studie „Prekäre Beschäftigung – prekäre Teilhabe“ hat der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) diese Arbeitsverhältnisse untersucht. Studienleiter Holger Kolb kommt zum Ergebnis, dass Arbeitsrechte zum Teil systematisch unterlaufen würden, vor allem wenn die Personen bei Subunternehmen angestellt seien. Die Folge: Der Job dient nicht als Sprungbrett in eine bessere Arbeit, sondern die Betroffenen bleiben dauerhaft prekär beschäftigt. Um dies zu verhindern, müssten unter anderem geltende Regeln zum Arbeitsrecht und Arbeitsschutz besser durchgesetzt und kontrolliert werden, empfiehlt die Studie:

<https://www.svr-migration.de/publikation/prekaere-beschaeftigung/>

Quelle: Mediendienst Newsletter 09.06.2023

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fachkräfte-Studie

Deutschland braucht Willkommenskultur auch in Behörden. Nur vier Prozent der Einwanderer in Deutschland kommen außerhalb der EU. Einer Studie zufolge ist das ausbaufähig. Dazu müsse sich Deutschland als offene Gesellschaft vermarkten und eine Willkommenskultur etablieren - auch in Behörden.

Deutschland muss einer Studie zufolge seine Attraktivität als Einwanderungsland verbessern, um mehr Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben. Hier liege das größte Potenzial, um die Fachkräfteengpässe der Zukunft auszugleichen, heißt es in der Studie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech).

Die Potenziale im Inland, etwa bei Teilzeitbeschäftigten oder Frauen und Rentnern seien bereits weitgehend gehoben. „Es zeigt sich, dass inländische Potenziale durch erfolgreiche Weichenstellungen der vergangenen Jahre bereits zu großen Teilen ausgeschöpft sind“, heißt es in der von der Münchner Ökonomin Ann-Kristin Achleitner und vom Präsidenten des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, Christoph M. Schmidt, erarbeiteten Untersuchung.

Willkommenskultur auch in Behörden nötig

Derzeit machten Menschen von außerhalb der EU nur vier Prozent der Zuzüge aus. Sollen es mehr werden, müsste Deutschland sich auf internationalem Parkett als offene Gesellschaft und integratives Ziel für leistungswillige Talente vermarkten.

„Es drängt sich auf, den Spracherwerb als Schlüssel für Integration noch entschiedener zu fördern und sich zu bemühen, Bildungsmigrantinnen und -migranten gezielt für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen“, empfehlen die Autoren der Untersuchung. Aktuell gebe es noch zu viel Bürokratie und zu lange Prozesse. Eine Willkommenskultur bedürfe es nicht nur von den Menschen, sondern auch vonseiten der Behörden.

Potenzial bei der Digitalisierung

Neben dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte sehen die Wissenschaftler vor allem Potenzial bei der Digitalisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen. Deutschland befinde sich sowohl bei der Abdeckung mit Glasfasernetzen als auch bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf hinteren Plätzen im EU-Vergleich.

Handlungsbedarf sehen die Autoren auch bei der Bildung. 5,9 Prozent der Schüler verließen derzeit deutsche Schulen ohne Abschluss, jeder Fünfte verfüge nicht über hinreichende Kenntnisse für die Berufsausübung. Ausbildungen müssten modularisiert werden, damit fehlende Module unkompliziert nachgeholt werden können.

Quelle: MiGLETTER 21.06.2023

Studie: Mehr Menschen sehen Handlungsbedarf gegen Diskriminierung

Deutschland ist sensibler geworden dafür, was Diskriminierung Menschen antut. Mehr Menschen als noch vor 15 Jahren berichten von Benachteiligungen und noch mehr

Menschen wollen, dass die Politik handelt und die Rechte der Betroffenen stärkt.

Die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, sieht eine „Zeitenwende“ beim Thema Antidiskriminierung in Deutschland. Die Haltung in der Bevölkerung habe sich in den vergangenen Jahren „grundlegend geändert“, sagte Ataman am Dienstag in Berlin. Sie bezog sich auf eine kurz zuvor veröffentlichte repräsentative Studie der Bertelsmann Stiftung über die Einstellung verschiedener gesellschaftlicher Milieus zum Thema Diskriminierungsschutz und zu Diskriminierungserfahrungen.

Danach geben drei Viertel der Befragten an, sich für Benachteiligungen bestimmter Gruppen in der Gesellschaft zu interessieren, und 88 Prozent sehen Antidiskriminierung als wichtige politische Aufgabe. „Antidiskriminierung ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, folgerte Ataman. Diskriminierung spalte die Gesellschaft, nicht das Engagement dagegen, sagte sie.

Die aktuelle Studie unter dem Titel „Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft“ dokumentiert den Wandel in der Einstellung und Wahrnehmung des Themas in den vergangenen 15 Jahren. Im Vergleich zu einer ähnlich ausgerichteten Befragung von 2008 hat sich die Aufmerksamkeit für Benachteiligungen in fast allen gesellschaftlichen Milieus deutlich erhöht. Zugleich berichten Menschen sehr viel häufiger von eigenen Diskriminierungserfahrungen. Die meisten sehen die Politik in der Pflicht, die Probleme anzugehen. Ataman kritisiert Untätigkeit bei Reform des Antidiskriminierungsrechts

Ataman kritisierte, dass die Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP die versprochene Reform des Antidiskriminierungsrechts noch immer nicht in die Wege geleitet habe. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) habe bisher weder Eckpunkte noch einen Gesetzentwurf vorgelegt, sagte sie. Die Gesellschaft fordere dies inzwischen aber von der Politik ein, sagte Ataman mit Blick auf die Umfrageergebnisse. Der Studie zufolge sieht eine Mehrheit von 56 Prozent vorrangig die Politik in der Verantwortung, 44 Prozent sehen diese Aufgabe bei den Ämtern und Behörden.

Die Umfrage zeigt auch, wie Diskriminierungserfahrungen verteilt sind. 35 Prozent der Menschen mit Einwanderungshintergrund äußerten in der Befragung, sie seien in den vergangenen zwölf Monaten sehr oft oder manchmal wegen ihrer Herkunft oder aus rassistischen Motiven diskriminiert worden. Gut ein Viertel dieser Gruppe gab an, wegen ihrer Religion oder Weltanschauung herabgesetzt worden zu sein.

Mehr Menschen fühlten sich diskriminiert

In der Gesamtbevölkerung sind die Zahlen niedriger, haben sich aber in den vergangenen 15 Jahren verdoppelt – was die Forscher der Bertelsmann-Stiftung vor allem mit dem wachsenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und einer allgemein stärkeren Sensibilisierung für Benachteiligungen erklären.

Demnach gaben 13 Prozent der aktuellen Studienteilnehmer an, dass sie sich wegen ihrer ethnischen Herkunft, beispielsweise aufgrund ihrer Sprache, des Namens oder ihrer Kultur, aus rassistischen oder antisemitischen Gründen oder wegen ihrer Herkunft aus einem anderen Land diskriminiert fühlen. 2008 hatten den Angaben zufolge nur sechs Prozent wegen ihres „fremdländischen Aussehens“ und sieben Prozent als „Ausländer“ oder „Ausländerin“ Benachteiligung empfunden.

Weiter auf Seite 6

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 5:

Von Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung hatten 2008 sechs Prozent der Befragten berichtet, 2022 waren es 13 Prozent.

Junge Menschen besonders sensibel

Besonders sensibel für das Thema Diskriminierung und die Beurteilung eigener Erfahrungen sind der Studie zufolge junge Menschen unter 30. Besonders wenig können Menschen mit dem Thema anfangen, die sehr konservativ geprägt sind oder unter schwierigen Umständen leben. Sie glauben auch nicht, dass Antidiskriminierungspolitik langfristig dazu führt, dass es allen in der Gesellschaft besser geht.

Für die Umfrage wurden den Angaben zufolge vom Sinus-Institut im Auftrag der Bertelsmann Stiftung rund 2.000 Menschen der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren repräsentativ im Herbst 2022 online und telefonisch befragt. Für den Vergleich zu 2008 wurden Fragen aus der vom Sinus-Institut 2008 erstellten Studie „Diskriminierung im Alltag“ aufgegriffen.

Quelle: MiGLETTER 26.04.2023

Statistik: Einbürgerungen 2022

Um mehr als ein Viertel stieg die Zahl der Menschen im vergangenen Jahr, die deutscher Bürger werden wollten. Sie kamen aus 171 unterschiedlichen Staaten. Den größten Anstieg gab es bei Syrern und Ukrainern.

In Deutschland sind vergangenes Jahr so viele Menschen eingebürgert worden wie seit 20 Jahren nicht mehr. Rund 168.500 Neubürger zählte das Statistische Bundesamt im Jahr 2022, wie die Behörde am Dienstag auf Basis vorläufiger Ergebnisse in Wiesbaden mitteilte. Dies seien 28% oder rund 37.000 Menschen mehr gewesen als im Vorjahr. Den größten Anstieg gab es demnach bei Syrern mit einem Plus von 29.200 Einbürgerungen. Es folgten ukrainische Neubürger mit einem Plus von 3.700, irakische Neubürger mit einem Plus von 2.400 und türkische Neubürger mit einem Plus von 2.000.

29% der Eingebürgerten waren Syrer, insgesamt wurden 48.300 syrische Staatsangehörige eingebürgert. Im Schnitt waren sie 24,8 Jahre alt und im Schnitt seit 6,4 Jahren in Deutschland, zwei Drittel waren männlich. Es handele sich um Flüchtlinge, die mittlerweile immer häufiger die Voraussetzungen erfüllten, wie ausreichende Sprachkenntnisse, einen gesicherten Lebensunterhalt und in der Regel eine Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren, erklärte das Bundesamt. Letzteres entfalle bei Ehegatten und minderjährigen Kindern – 15 400 miteingebürgerte, syrische Familiangehörige gab es 2022, fast dreimal so viele wie im Vorjahr.

5.600 Ukrainer wurden 2022 eingebürgert, fast drei Mal so viele wie im Jahr zuvor. Sie waren der Statistik zufolge im Schnitt 36,1 Jahre alt, mehrheitlich weiblich (69%) und hielten sich im Schnitt bereits 13,3 Jahre in Deutschland auf. 6.800 irakische Staatsangehörige wurden nach im Schnitt 9,5 Jahren in Deutschland eingebürgert. Bei den Türken waren es 14.200 Einbürgerungen nach im Schnitt 24,2 Jahren. Sie stellten die zweitgrößte Gruppe unter den Eingebürgerten. Insgesamt wurden Menschen mit 171 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten eingebürgert.

Experten rechnen weiter ansteigende Einbürgerungszahlen

Um nach sechs Jahren Bundesbürger werden zu können,

muss man besondere schulische, sprachliche oder berufliche Leistungen oder bürgerschaftliches Engagement nachweisen, wie die Behörde erklärte. Vergangenes Jahr gab es 23.100 frühzeitige Einbürgerungen aufgrund besonderer Integrationsleistungen – ein neuer Höchststand. Syrer seien dabei die am häufigsten vertretene Staatsangehörigkeit gewesen. Experten zufolge werden die Einbürgerungszahlen weiter ansteigen.

Quelle: MiGLETTER 31.05.2023

Studie: Wohnsitzauflage verringert Berufschancen für Geflüchtete

Die Bundesregierung vernachlässigt bei der Verteilung von Geflüchteten die Aufnahmefähigkeit der lokalen Arbeitsmärkte. Der Königsteiner Schlüssel ist einer Studie zufolge ungeeignet, um die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu fördern.

Flüchtlinge in Deutschland hätten einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Universität Bielefeld zufolge bessere Aussichten auf eine Beschäftigung, wenn sie sich freier bewegen dürften. Die Verteilungsmethode nach dem Königsteiner Schlüssel in Verbindung mit der Wohnsitzauflage fördere nicht die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, erklärte Autor Jan Goebel vom DIW.

Der Analyse zufolge erhöht sich für Flüchtlinge in einer Region mit einer schon um einen Prozentpunkt niedrigeren Arbeitslosigkeit die Chance, im vorherigen Beruf arbeiten zu können, um 6%. Von einer durchdachten Verteilung nach lokalen Arbeitsmarktbedingungen profitierten nicht nur die Menschen, die hier Fuß fassen wollen, sondern auch die ortsansässigen Arbeitgeber sowie letztlich die Kreise und kreisfreien Städte.

Erwerbsquote von Geflüchteten steigt kontinuierlich

Geflüchtete werden in Deutschland nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt, der Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl der Bundesländer berücksichtigt. Die Wohnsitzauflage für Flüchtlinge wurde 2016 auf Druck der Union wieder eingeführt. Sie erlaubt Geflüchteten nur dann einen Wegzug vom vorgegebenen Ort, wenn sie woanders einen Job gefunden haben, nicht aber etwa zur Stellensuche in einer aussichtsreicheren Region.

Der DIW-Studie zufolge steigt die Erwerbsquote von Geflüchteten derweil kontinuierlich. 2017 lag sie demnach bei 21%, 2019 bei 44%. Die Quote erwerbstätiger Geflüchteter, die in ihrem erlernten oder im Herkunftsland ausgeübten Beruf arbeiteten, sank gleichzeitig allerdings von 14 auf 11%. Dabei sei bei technischen und handwerklichen Berufen die Chance größer, im erlernten Beruf eine Stelle zu finden. Fachfremde Beschäftigung finden Flüchtlinge der Studie zufolge am häufigsten in den Branchen Logistik, Gastronomie und Reinigung. Geflüchteten mit medizinisch oder technisch orientierten Berufen fällt es der Studie zufolge leichter als anderen Geflüchteten, eine ihrer Qualifikation entsprechende Stelle zu finden.

Quelle: MiGLETTER 27.07.2023

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Flüchtlingszahlen: Mehr Asylanträge, weniger Widerrufsprüfungen

Im ersten Halbjahr 2023 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über 132.747 Asylanträge entschieden. Das sind etwa 20 Prozent mehr Asylanträge als im Vorjahreszeitraum. Mehr als die Hälfte der Bewerber*innen hat Schutz bekommen. Gleichzeitig ist die Zahl der „Widerrufsprüfungen“ um rund 63 Prozent auf knapp 8.000 zurückgegangen. Zum Vergleich: Zwischen 2019 und 2022 hat das BAMF in mehr als 600.000 Fällen den Schutzstatus von anerkannten Flüchtlingen geprüft. Im Durchschnitt wurde der Schutzstatus in weniger als fünf Prozent der Fälle widerrufen beziehungsweise zurückgenommen. Weitere Informationen in unseren Rubriken „Zahl der Flüchtlinge“ <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html> und „Abschiebungen“ <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/abschiebungen.html#c1186>
Quelle: Mediendienst Newsletter 14.07.2023

Studie: Mehr als die Hälfte der 2015 Geflüchteten erwerbstätig

Wer glaubt, Geflüchtete belasten das Sozialsystem, irrt. Schon nach wenigen Jahren haben die meisten einen Job und tragen das System mit, wie aus einer aktuellen Studie hervorgeht. Darin haben Experten Geflüchtete aus dem Jahr 2015 unter die Lupe genommen. 54 Prozent der 2015 nach Deutschland Geflüchteten waren im Jahr 2021 erwerbstätig. Damit ist ihre Erwerbstätigkeit gegenüber dem Pandemiejahr 2020 um zehn Prozentpunkte gestiegen, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt. Neben der Erwerbstätigkeit steigt der Studie zufolge auch das Bildungsniveau: Immer mehr Geflüchtete üben eine qualifizierte Berufstätigkeit aus. So hat nach der Untersuchung jeder dritte erwachsene Geflüchtete (33 Prozent) sechs Jahre nach der Ankunft in Deutschland Schulen und Hochschulen besucht oder Ausbildungen und Weiterbildungsmaßnahmen absolviert. 70 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten üben eine qualifizierte Tätigkeit aus, für die ein Berufs- oder Studienabschluss notwendig ist. Die Studie hat aber Befunde, die mit Blick auf den Fachkräftemangel Fragen aufwerfen: Unter denjenigen, die sich seit sechs Jahren in Deutschland aufhalten, sind 41 Prozent unterhalb ihres Tätigkeitsniveaus vor ihrer Flucht beschäftigt.
Zwei Drittel arbeitet Vollzeit
Wie aus der Studie weiter hervorgeht, arbeiten fast zwei Drittel (65 Prozent) der erwerbstätigen Geflüchteten, die seit sechs Jahren in Deutschland sind, in Vollzeit. Das mittlere Bruttomonatsentgelt der vollzeiterwerbstatigen Geflüchteten steigt von 1.660 Euro in den ersten beiden Jahren nach Ankunft auf 2.037 Euro im sechsten Jahr. „Geflüchtete haben zum einen die Wochenarbeitszeit erhöht und zum anderen können sie einen höheren Stundenverdienst erzielen“, sagte Herbert Brücker, Leiter des

GLOBALE NACHRICHTEN

IAB-Forschungsbereichs „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“. Zwischen den Geschlechtern zeigt sich ein erhebliches Gefälle, Während 67 Prozent der männlichen Geflüchteten sechs Jahren nach der Ankunft erwerbstätig sind, sind es bei Frauen 23 Prozent.
Quelle: MiGLETTER 28.07.2023

Ukraine-Flüchtlinge: Knapp die Hälfte will langfristig in Deutschland bleiben

In mehr als 16 Monaten seit Kriegsbeginn in der Ukraine kamen über eine Million Geflüchtete nach Deutschland. Aus einer aktuellen Befragung mehrerer Forschungsinstitute wird ersichtlich, dass sie sich zunehmend integrieren: Drei Viertel der Befragten besuchen Sprach- und Integrationskurse oder haben diese abgeschlossen, knapp die Hälfte möchte längerfristig in Deutschland bleiben. Hindernisse für eine schnellere Integration bleiben unter anderem mangelnde Kita-Plätze. Die wichtigsten Daten in unserem aktualisierten Dossier.
<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>
Quelle: Mediendienst Newsletter 14.07.2023

GLOBALE NACHRICHTEN

Anstieg um 50 Prozent

EU-Agentur: Eine Million Asylanträge in 2022

Im vergangenen Jahr haben in der EU rund eine Million Menschen einen Asylantrag gestellt - die meisten in Deutschland. Das ist ein Anstieg um rund 50 Prozent. Hinzu kommen vier Millionen Geflüchtete aus der Ukraine. Rund eine Million Menschen haben im vergangenen Jahr in den EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz Asyl beantragt. Das sei ein Anstieg von rund 50 Prozent im Vergleich zu 2021, wie die EU-Asylagentur EUAA in Valletta auf Malta mitteilte. In den sogenannten EU+-Ländern wurden demnach etwa 996.000 Anträge auf internationalen Schutz gestellt. Zusammen mit den etwa vier Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine – die keine aufwendigen Asylverfahren durchlaufen müssen – suchten 2022 laut EUAA also rund fünf Millionen Menschen in Europa Schutz.
Die europäischen Asyl-Rekordzahlen von 2015 (1,4 Millionen) und 2016 (1,3 Millionen) wurden insgesamt nicht erreicht.
Einzelne EU-Länder aber verzeichneten laut EUAA mehr Anträge als jemals zuvor seit Beginn der europaweit gesammelten Aufzeichnungen im Jahr 2008, darunter etwa Österreich, Frankreich, Spanien und Portugal.

Weiter auf Seite 8

GLOBALE NACHRICHTEN

Fortsetzung von Seite 7

Die meisten Anträge in Deutschland

Von den knapp eine Million Asylanträgen gingen die meisten in Deutschland (244.000), Frankreich (156.000), Spanien (118.000), Österreich (109.000) und Italien (84.000) ein. Die meisten Anträge wurden von Menschen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, Venezuela und Kolumbien gestellt. Unter den Antragstellern waren 42.000 unbegleitete Kinder und Minderjährige – das sind so viele wie seit 2016 nicht mehr. Fast zwei Drittel davon sind Afghanen oder Syrer.

„Eine Kombination von Krisen, darunter neue und anhaltende Konflikte, Klimaschocks, geopolitische Unruhen, Gewalt und Verfolgung, veranlasste Millionen von Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat im vergangenen Jahr 2022“, heißt es im Bericht. „Die russische Invasion der Ukraine führte zu einer der sich am schnellsten entwickelnden und größten Vertreibungskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg.“

Quelle: MiGLETTER 12.07.2023

Flüchtlingszahlen auf Rekordhoch UNHCR: Flucht in reiche Länder ist ein Mythos

Immer mehr Krisen zwingen immer mehr Menschen zur Flucht, Millionen weltweit. Druck auf die Asylsysteme könnten Regierungen aber rausnehmen, sagt das UN-Flüchtlingshilfswerk, und erklärt auch, wie.

Ukraine, Afghanistan, Sudan: Weltweit ist die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge auf einen Rekord gestiegen. Aktuell sind rund 110 Millionen Menschen auf der Flucht, Zweidrittel davon in ihren Heimatländern, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR am Mittwoch in Genf berichtete. Die Organisation verlangt mehr Anstrengungen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und Flüchtenden beizustehen. Im Juni 2022 waren rund 100 Millionen Menschen auf der Flucht gewesen.

Die Zahlen seien verheerend, sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi. „Es ist ein Armutszeugnis für den Zustand unserer Welt“, meinte er. Es gebe immer mehr Krisen, aber kaum Lösungen. Für 5,7 Millionen im eigenen Land Vertriebene endete die Flucht im vergangenen Jahr, aber nur 340.000 Flüchtlinge kehrten aus dem Ausland in ihre Heimat zurück.

Grandi: Migration und Flucht nicht gleichsetzen

Migration und Flucht dürften nicht in einem Topf geworfen werden, sagte Grandi. Wenn reichere Länder mehr legale Wege der Einwanderung für Menschen böten, die in einem anderen als ihrem Heimatland Arbeit suchten, würden weniger Migranten Asyl beantragen, sagte er. Asyl und ähnlicher Schutz ist Menschen vorbehalten, die vor Krieg, Konflikten, Verfolgung und Gewalt fliehen. Nach der UN-Flüchtlingskonvention sind alle Länder verpflichtet, sie aufzunehmen. Weil legale Migrationswege fehlten, seien die Asylsysteme überlastet, sagte Grandi. Behörden erkennen bei vielen Asylbewerbern angegebene Fluchtgründe aber nicht an. Schutzbedürftige gerieten in Verruf, sagte Grandi. In Deutschland wurden 2022 bei knapp 230.000 Asylentscheiden die Anträge von fast 50.000 Personen abgelehnt. Rund 50.000 weitere Fälle erledigten sich – etwa, weil Personen in anderen Ländern registriert waren oder Anträge zurückzogen.

Sorge um Situation in Sudan

Grandi äußerte die Befürchtung, dass sich die aktuelle Krise im Sudan ausweiten könnte. Noch seien Hunderttausende Geflohene in Nachbarländern untergekommen. Aber der Osten des Landes sei als Terrain von Menschenschmugglern bekannt. Wenn Recht und Ordnung im Sudan nicht bald wieder hergestellt würden, könnten diese Schmuggler Sudanesen auf die Fluchtrouten „nach Libyen und weiter“ bringen, wie Grandi sagte.

Vom Mittelmeerstaat Libyen starten viele Flüchtlingsboote Richtung Europa. Im Sudan gibt es seit Mitte April einen Machtkampf zwischen Truppen des De-facto-Präsidenten und dessen bisherigem Stellvertreter. Seit dem Beginn der Gewalt sind UN-Angaben zufolge mittlerweile fast 1,9 Millionen Menschen geflohen.

108,4 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht

Das UNHCR nannte am Mittwoch die aktuelle Flüchtlingszahl. Der jährliche Bericht „Global Trends“, den es gleichzeitig veröffentlichte, betrachtet die Flüchtlingslage jeweils im vorangegangenen Jahr. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nach UNHCR-Angaben 2022 die schnellste Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst: Ende 2022 waren nach dem Bericht 5,7 Millionen Menschen innerhalb der Grenzen in der Ukraine vertrieben worden oder ins Ausland geflüchtet.

Ende 2022 seien weltweit insgesamt 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und den Folgen des Klimawandels gewesen, 19,1 Millionen mehr als ein Jahr zuvor.

Die meisten Menschen flüchten nicht in reiche Länder

Gut ein Drittel der Vertriebenen flüchtete ins Ausland. Davon waren wiederum Zweidrittel in Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen. Sie harren meist in Nachbarländern ihrer Heimat aus, in der Hoffnung auf eine baldige Heimkehr. Es sei ein Mythos, dass die Flüchtlinge vor allem in reiche Länder etwa in Europa oder Nordamerika streben, sagte Grandi. Die Türkei beherbergte Ende 2022 die meisten Flüchtlinge, gefolgt vom Iran, wo überwiegend Afghanen unterkamen, Kolumbien und Deutschland.

Die geplante Reform des EU-Asylwesens lobte Grandi. Die EU will Asylsuchende, die aus einem Staat anreisen, der als relativ sicher gilt, künftig nach dem Grenzübertritt in einer Aufnahmeeinrichtung unter haftähnlichen Bedingungen festhalten. Nach einer zügigen Prüfung der Gesuche sollen Abgelehnte umgehend zurückgeschickt werden. Nicht alles sei perfekt, aber wenigstens habe sich die EU überhaupt auf etwas geeinigt, sagte Grandi. Er fügte hinzu: „Wir sind klar der Ansicht, dass Asylsuchende nicht in Gefängnisse gesteckt werden sollten. Asyl zu beantragen, ist keine Straftat.“

Quelle: MiGLETTER 15.06.2023

Europäer*innen tendieren zu restriktiverer Migrationspolitik

Forscher*innen vom Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) befragten für eine Studie Menschen in zehn europäischen Ländern zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen. Besonders zum Thema Zuwanderung gibt es in Europa eine starke „affektive Polarisierung“, vor allem bei Personen, die sich politisch rechts positionieren. Insgesamt spricht sich eine deutliche Mehrheit der befragten Europäer*innen für eine restriktivere Migrationspolitik aus, es gibt jedoch regionale Unterschiede. Auch in Deutschland ist eine Mehrheit der Befragten dafür, dass Einwanderung stärker eingeschränkt wird.

https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Kostenloses Fallbuch Migrationsrecht

Das Open Access Fallbuch zum Asylrecht ist im De Gruyter Verlag erschienen. Es kann dort [kostenlos] heruntergeladen und als Print-Version bestellt werden. Das 19-köpfige Team Migrationsrecht bei OpenRewi, bestehend aus Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen hat über ein Jahr daran gearbeitet, ein frei zugängliches, umfangreiches Fallbuch mit einem asylrechtlichen Schwerpunkt und aufenthaltsrechtlichen Bezügen zu verfassen. An dem Buch haben auch einige Mitglieder des Netzwerks einen großen Anteil, teils als Autor*innen, teils als externe Reviewer*innen.

Das Fallbuch umfasst 57 höchst aktuelle und praxisrelevante Fälle. Ein jeder Fall (und ein neuer zum Chancenaufenthaltsrecht) ist auch bei Wikibooks abrufbar, kommentierbar und veränderbar (dies funktioniert sowohl mit als auch ohne Wikipedia-Account direkt auf der Fallseite, eine Anleitung findet sich hier). Online werden die Fälle laufend gemäß der aktuellen Rechtslage aktualisiert.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V., 21.03.2023

Religionsmonitor 2023

Religiöse Landschaft wird vielfältiger und individueller Seit 15 Jahren veröffentlicht die Bertelsmann Stiftung einen "Religionsmonitor", der die Entwicklungen in der religiösen Landschaft Deutschlands und Europas abbildet. Aus der jüngsten Ausgabe geht hervor, dass Formen und Praktiken des religiösen Lebens vielfältiger und individueller werden. Etwa die Hälfte der rund 4.000 Befragten gaben an, christlichen Glaubens zu sein. Rund ein Drittel gelten als konfessionslos, 8,5 Prozent sind Muslim*innen. 80 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, man solle gegenüber allen Religionen offen sein. Religiöse Vielfalt sehen besonders Buddhist*innen und Muslim*innen als Bereicherung.

Weitere Informationen hier: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zusammenleben-in-religioeser-vielfalt>

Quelle: Mediendienst Newsletter 02.06.2023

Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl

Aktuelle Zahlen zu Asyl bietet die Broschüre "Das Bundesamt in Zahlen 2022". Zu finden ist sie unter:

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2022-asyl.html>

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 02/2023

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller

Sammelband Grundrechte-Report 2023

40 kurze und auch für Nicht-Juristen gut verständliche Beiträge enthält der neue Grundrechte-Report 2023. Anhand aktueller Themen stellen die Autorinnen und Autoren dar, wie es derzeit in Deutschland um die einzelnen Grundrechte bestellt ist. Besprochen werden unter anderem: das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu Racial Profiling in Deutschland mit Bezug auf den Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 Grundgesetz, die deutsche Praxis beim Familiennachzug mit Bezug auf Art. 6 Grundgesetz (Ehe und Familie), das Demonstrationsverbot für Palästinenser in Berlin (Art. 8 Versammlungsfreiheit), der mangelhafte Schutz für Kurden im Asylverfahren (Art. 16a GG Asylrecht) und wie rechtsextreme Richter aus dem Amt entfernt werden können (Art. 97 Unabhängigkeit der Richter).

Link: <http://www.grundrechte-report.de/2023/>

Quelle: Mediendienst Newsletter 16.06.2023

Zahlen 2022: Antisemitische Vorfälle: Mehr extreme Gewalt

Rund 2.500 antisemitische Vorfälle hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) 2022 erfasst, etwas weniger als im Vorjahr. RAIS zählte neun Straftaten extremer Gewalt, das ist der höchste Stand seit Beginn der Erfassung 2017. Mehr zum Thema in der Rubrik:

<https://mediendienst-integration.de/desintegration/antisemitismus.html#c411>

Den Report finden Sie hier: <https://report-antisemitism.de/documents/>

Quelle: Mediendienst Newsletter 30.06.2023

Handbuch: Fluchtforschung: Ein umfassender Überblick

Es gibt immer mehr Forschung zu Flucht- und Flüchtlingsthematen. Ein neues Handbuch bildet den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ab. Es enthält eine Art Lexikon, das Begriffe wie „Seenotrettung“, „Integration“ oder „Irregularität“ einordnet, sowie einen Überblick über Forschungsfragen verschiedener Disziplinen, etwa der Ethnologie oder der Kommunikationswissenschaften. Ein Teil beleuchtet, welche Fluchtphänomene es in anderen Weltregionen gibt und inwieweit diese wissenschaftlich untersucht werden. Herausgeber*innen des Bandes sind die Ethnologin Tabea Scharrer, die Humangeografin Birgit Glorius, der Politikwissenschaftler Olaf Kleist und der Historiker Marcel Berlinghoff.

Quelle: Mediendienst Newsletter 28.07.2023

Buch: Migration und Migrationskontrolle in Niger

Vergangene Woche putschte sich die Präsidentengarde in Niger an die Macht, ihr Chef Omar Tchiani ernannte sich zum neuen Machthaber. Niger ist ein wichtiges Transitland für Migrant*innen. Es galt als „Stabilitätsanker“ in der Region und ist wichtiger Kooperationspartner der Europäischen Union bei der Migrationskontrolle. Welche Folgen der Putsch für die Migrationsbewegungen haben wird, ist noch unklar. Um die Migration in der Region und die Rolle europäischer Staaten dabei besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick in das Buch „Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte“, das bereits letztes Jahr erschienen ist. Verfasser ist der Soziologe und Aktivist Olaf Bernau, der seit vielen Jahren zu und in Niger und der Region arbeitet.

Quelle: Mediendienst Newsletter 04.08.2023